

Gudrun Lachenmann

Ökologische Krisen und sozialer Wandel in afrikanischen Ländern

Spektrum - Berliner Reihe zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Entwicklungsländern,
Bd. 24, Saarbrücken, Fort Lauderdale: Breitenbach Verlag 1990, 527 S., DM 59.-

Die Krise der Länder Afrikas südlich der Sahara, wo "insgesamt das Überleben aus eigener Kraft nicht mehr gesichert ist" (S. 1), sei dadurch verursacht - so die zentrale These der umfangreichen West-Berliner Habilitationsschrift - , daß kein eigenständiger sozialer Wandel stattfinden könne; durch Prozesse sozialer Differenzierung und ökonomischer Veränderung sei der Handlungsspielraum der Bevölkerung so gering geworden, daß sie "das Risiko von außen an sie herangetragener technischer Neuerungen nicht eingehen und ökologische Gesichtspunkte nicht mehr in Betracht ziehen kann" (S. 2). Die auf einem handlungstheoretischen Ansatz basierende, dabei drei Ebenen - die der eigentlichen Akteure/Personen, die mittlere der sozialen Organisation sowie die obere des Staates und der (inter)nationalen Entwicklungspolitik (S. 7) - unterscheidende Arbeit stützt sich auch auf zehnjährige praktische Tätigkeiten, was sich vor allem in der Fallstudie zu Mali (Kap. C) recht eindrucksvoll manifestiert.

Nach der einleitenden "Problemstellung" und methodologischen Orientierung - auszugehen sei von "der Rationalität, der sozialen Welt der Bevölkerung", wobei "ihre Beeinflussung durch strukturelle Veränderungen, andererseits die Konstitution der Strukturen durch die Handlungen der Menschen berücksichtigt" werden (S. 57) - befaßt sich das Haupt-Kap. B mit "ökologische(m) und sozio-ökonomische(m) Wandel" (S. 59 ff.). Lachenmann sieht die "Sahelproblematik" als kein dieser Region Afrikas spezifisches Problem; daß die Interaktion der Menschen mit der Natur zerstörerische Formen annehme (Desertifikation), sei freilich auch darauf zurückzuführen, daß die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen bereits vorher destabilisiert waren (S. 116). So verschärfen sich auf der unteren Ebene der Bauern und Nomaden Konflikte zwischen Subsistenz- und Marktwirtschaft aufgrund divergierender Handlungsrationonalitäten (S. 132). Die ökologisch sinnvolle nomadische Lebensweise setzte eine "absolute räumliche, zeitliche und organisatorische Flexibilität" (S. 160) voraus, die nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Eine mit der techn(olog)ischen Entwicklung einhergehende Individualisierung der Produktion schließlich breche den traditionellen sozialen Zusammenhalt auf (S. 172). Auf dem mittleren Niveau hingegen sei ein anomischer Zustand eingetreten, vor allem durch koloniale, später nationalstaatliche Regelungen, welche Bewegungsfreiheit und traditionelle Weide- und Wassernutzungsregeln außer Kraft gesetzt hätten, wobei aber neue Bestimmungen fehlten oder nicht funktionierte, statt dessen Klientelbeziehungen wirkten. So sei "weder Ressourcenschonung notwendig noch k(ö)nn(e) eine dynamische Produktivkraftentwicklung" erfolgen (S. 194). Die staatliche Entwicklungspolitik sei ineffizient, nur die Kehrseite der Ausbeutung der ländlichen Bevölkerung durch Staatsfunktionäre (S. 200), und überdies ökologisch schädlich; sie nehmen "die konkreten Erfahrungen der Bauern und Nomaden,

die ungewollten Folgen sowie den historischen Verlauf technologischen Wandels nicht zur Kenntnis" (S. 228).

Den diversen Strategien angepaßter Entwicklung steht Lachenmann recht kritisch gegenüber (S. 230 ff.). Wichtigstes Prinzip müsse vielmehr sein, "die Sicherheit und den Handlungsspielraum der Bevölkerung zu stärken. Dies kann nur über die Förderung ihrer eigenständigen Organistion, die entsprechende Gestaltung der sozialen Organisation der Produktion, erfolgen" (S. 290 f.).

Im abschließenden Kap. D widmet sich Lachenmann den Formen "internationaler Krisenbewältigung". Die seit Beginn der 80er Jahre propagierte (und durchgesetzte) Struktur-anpassungspolitik laufe Gefahr, eigenständigen sozialen Wandel weiter zu behindern (S. 410). Weder IWF- noch Weltbank-Maßnahmen seien hinreichend länderspezifisch, an den je konkreten Verhältnissen ausgerichtet (S. 414 f.). Die an sich sinnvolle Forderung nach "weniger Staat" abstrahiere von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und sozialstrukturellen Gegebenheiten (S. 428). Falsch seien zudem Vorschläge zu Kürzungen im (insbesondere sozialen) Dienstleistungsbereich (S. 441 ff.). Ein Widerspruch liege auch darin, daß "gerade Vertreter westlicher Länder und auch internationaler Institutionen sich allein auf technokratische Institutionen verlassen, die - wie der IWF - explizit keine sozialpolitischen Strukturveränderungen beeinflussen wollen, andererseits gerade von der von ihnen offiziell durchaus nicht gutgeheissenen starren politischen Struktur profitieren" (S. 459). Letztendlich sei eine "Demokratisierung der Gesellschaften dergestalt notwendig, daß wirtschaftliche Problemregelungen politisch ausgehandelt werden und damit die soziale Machbarkeit Berücksichtigung findet" (S. 460). Überhaupt werde Afrika "viel zu wenig an der intellektuellen Aufarbeitung und Diskussion der Krise sowie insbesondere am Entwurf von Strategien beteiligt" (S. 471). Lachenmann unterstreicht die entscheidende Frage, "ob durch die wirtschaftliche Krise und die Destabilisierung der Gesellschaft politische Kräfte an die Oberfläche kommen, die die gesellschaftlichen Strukturveränderungen tatsächlich bekämpfen. Ansätze in Form von sozialen Bewegungen, popular political movements und Selbsthilfegruppen sind vorhanden; die Gefahr ist, daß sie jedoch durch die wirtschaftlichen Einschränkungen im Keim ersticken werden" (S. 479). Hierzu hätte man gern mehr gelesen...

Daß die Schrift lediglich Entwicklungen bis 1987 aufzeigt, tut ihrer Aktualität kaum Abbruch, eher schon der überaus schwerfällige Stil. Einen wohl ziemlich bedeutsamen Faktor erwähnt Lachenmann allenfalls beiläufig - die gerade im "schwarzen Kontinent" zahlreichen bewaffneten Konflikte in wie zwischen Staaten, deren negative soziale und ökologische Folgen kaum überschätzt werden können.

Ludwig Gramlich